

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Betrugsdahler und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, (halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Winterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18666, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-U., Winterbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Montag, den 5. Dezember 1927 Nummer 282

Der Eisenbahnerstreik beendet

Kampfanfänge der Stahlindustriellen

Die Lohnfrage ausgeschaltet

Die Gemahregelten eingestuft / Die Arbeit aufgenommen

Über das Ergebnis der am Sonnabend stattgefundenen Einigungsverhandlungen zwischen Reichsbahndirektion und Einheitsverband wurde folgende Pressmeldung von den beiden Parteien vereinbart:

Unter Vorsitz des Reichsbahndirektors Dr. Kühne von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft fanden am Freitag, dem 2. Dezember, im Gebäude der Reichsbahndirektion Dresden Verhandlungen zwischen der Reichsbahndirektion und dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands statt, die um 14 Uhr begannen und bis Sonnabendvormittag verlagert wurden. Nach eingehender Beratung und unter Voranstellung der Interessen der deutschen Wirtschaft wurde ein Ergebnis erzielt, das beiden Teilen gebührende Rechnung zu tragen lohnt.

Der Betrieb in den Dresdner Dienststellen wird umgehend wieder aufgenommen. Da Sabotageakte nicht, wie irrtümlich in der Presse behauptet wurde, vorgekommen sind, konnte von disziplinarischen Maßnahmen abgesehen werden.

Reichsbahn und Gewerkschaft werden in beiderseitigem Einvernehmen alle noch nicht erledigten Fragen, wie Rationalisierung des Werkstättenbetriebes, ordnungsgemäße Durchführung der Gehedearbeit, Ortslohnzulagen u. a. m. im gegenseitigen Einvernehmen regeln. Von der weiteren Inanspruchnahme des sächsischen Landesrichters konnte auf Grund dieses Ergebnisses abgesehen werden.

Vom Einheitsverband Deutscher Eisenbahner waren Scheffel und Pittich an den Verhandlungen beteiligt. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde am Sonnabend nachmittag einer großen Streikversammlung der Eisen-

bahner, die im Trianon tagte, unterbreitet. Der Bezirksleiter Hader, der den Verhandlungsbericht erstattete, empfahl die getroffenen Vereinbarungen zur Annahme. Das Ziel des Kampfes sei restlos erreicht. Scheffel vom Hauptvorstand bezeichnete den Kampf der Dresdner Eisenbahner als einen Erfolg für die gesamte Eisenbahnerschaft in Deutschland. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, der zum Worte kam, wendete sich mit scharfen Worten gegen jeden Versuch, dem Kampf einen anderen Inhalt zu geben und jetzt die Lohnfrage aufzurollen. Der Angestellte Hilbrecht der Dresdner Zahlstelle des Einheitsverbandes würdigte jede Aussprache über das Verhandlungsergebnis ab. Trotz des scharfen Widerspruchs der Opposition, die das Wort verlangte, wurde feierlich Diskussion zugelassen und das Ergebnis der Verhandlungen als angenommen erklärt. Auf Grund der Abmachungen mit der Reichsbahndirektion wurde bekanntgegeben, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden solle. Die beiden gemahregelten Arbeiter geben eine Erklärung ab, daß sie freiwillig auf Wiedereinstellung in den Werkstättenbetrieb der Reichsbahndirektion verzichten. Es verdient festgestellt zu werden, daß die Dresdner Volkszeitung bei der Veröffentlichung der vom Einheitsverband und der Reichsbahndirektion der Presse zugestellten Mitteilung über das Verhandlungsergebnis die Bemerkung herausgeholt hat, daß die Einigung unter „Vorankündigung der Interessen der deutschen Wirtschaft“ zustande gekommen ist. Damit zeigt die Volkszeitung, wie unangenehm ihr die offene Feststellung ist, daß der Kampf im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft und unter Verzicht auf die Interessen der Arbeiter, d. h. unter Verzicht auf die Aufrollung der Lohnfrage abgebrochen wurde.

Abgebremst

Dresden, am 5. Dezember 1927

W. S. Der Eisenbahnerstreik ist beendet. Die Arbeit ist noch am Sonnabend und, soweit es da nicht möglich war, gestern und heute morgen nach dem Dienstplan wieder aufgenommen worden.

Die Führer des Einheitsverbandes Deutscher Eisenbahner feiern das Ergebnis der Verhandlungen, die Wiedereinstellung der gemahregelten Eisenbahner und die Zurücknahme der Kündigungen als einen glänzenden Erfolg ihrer Strategie und als einen großen Sieg der Arbeiter. Es erscheint deshalb jetzt angebracht, einige Bemerkungen darüber zu veröffentlichen, welche Lehren für die Eisenbahner und für die gesamte Arbeiterschaft aus dem Verlauf, den Ursachen und dem Ergebnis des Kampfes zu ziehen sind. Das aber kann nur geschehen, wenn wir die eigentlichen Ursachen des Kampfes heranziehen und die Frage so stellen, ob denn nun der Kampf der Eisenbahner einen Erfolg nach dieser Richtung hin erzielt hat.

Gewiß, der letzte Anstoß, der den Stein ins Rollen brachte und die Arbeiter auf die Straße trieb war die freche provokatorische Maßregelung. Der Scharfmacherkurs des Dorpmüllersystems schweißte die Arbeiter zusammen. Das Maß war voll. Die Empörung gegen das ganze System fand im spontanen Solidaritätsstreik ihren Ausdruck. Die Position der Eisenbahndirektion war von vornherein keine günstige. Die öffentliche Meinung stand gegen sie und selbst die bürgerliche Presse wagte nicht, offen gegen die Eisenbahner Stellung zu nehmen. Das erleichterte die Position der Reformisten vom Einheitsverband Deutscher Eisenbahner, die mit großer Geistesanstrengung die Gelegenheit wahrzunutzen, in Wortradikalismus zu machen. Das Unrecht des Gegners war zu offensichtlich. Die Scharfmacher der Reichsbahndirektion mußten angesichts der geschlossenen Einmütigkeit der Eisenbahner bald erkennen, daß mit dieser Provokation keine Vorbeuten zu ernten waren. Die Bewegung drohte zu einem höchst gefährlichen Brande auszuwachsen, der reichliche Nahrung und Zündstoff in der erbitterten Stimmung der ausgehungerten Dorpmüllerproleten gefunden hätte. Ein allgemeiner, sich über das ganze Reich erstreckender Streik der Eisenbahner war in bedrohliche Nähe gerückt. Im Saargebiet waren die Arbeiter bereits im Lohnkampf. In Berlin war die Stimmung bedrohlich, es gärte in Halle, Magdeburg und Braunschweig und in Leipzig war der Streikbeschluss bereits gefaßt. Diese Lage war nicht ungefährlich; denn es ist selbstverständlich, hätte die Streikwelle die übrigen Teile des Reiches überflutet, dann hätte sich die Bewegung über die Köpfe der Reformisten hinweg, entgegen ihrem Willen, mit elementarer Wucht zum Lohnkampf ausgewachsen. Das wollten weder die Dorpmüller-AG noch die Bürgerblockregierung, die den Schlichter Haack zum Eingreifen veranlaßte, ebensowenig aber auch die Führung des Einheitsverbandes, die dann den Bankrott ihrer reformistischen Gewerkschaftspolitik hätte offensichtlich erkennen lassen müssen. Daraus erklärt sich auch die Gemeinsamkeit der Bestrebungen, den Streik möglichst lokalisiert zu führen und baldigst beizulegen. Die Reichsbahndirektion und die Hauptverwaltung wollten schlimmeres verhindern. Das stärkte die Position der Reformisten, die den Streik unter allen Umständen aus den oben aufgezeigten Gründen nur als Solidaritätsstreik gefaßt wissen wollten. Die Reichsbahndirektion gab nach — sie zog es vor, die Preisfrage zurückzustellen, billiges Entgegenkommen zu zeigen und damit die Gefahr einer großen sozialen Bewegung, die nicht ohne starke politische Folgen geblieben wäre, vorläufig noch zu bannen.

Nur insofern anerkennen wir einen Erfolg der Eisenbahner in Dresden, daß es ihnen gelungen ist, durch ihren geschlossenen Kampf den Scharfmachermethoden des Dorpmüllersystems anlässlich der brutalen Maßregelung ein Halt zu gebieten. Gewiß, dieser moralische Erfolg ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Er kann und muß die Quelle neuer Kräfte werden. Die Macht der Arbeiter, die den hartnäckigen Widerstand und die Scharfmacherpläne der Reichsbahndirektion zerbrach, hätte aber die Kraft besessen, die von der Arbeiterschaft seit langem geforderte sofortige Lohn-erhöhung durchzusetzen.

Den Reformisten ist es diesmal noch gelungen, die tieferen Ursachen des Kampfes zu vermissen, die Bewegung von dem eigentlichen Kampfziel abzulenken und auf die Solidaritätsaktion zu beschränken. Die Lohnfrage wurde

S stilllegung der Eisenindustrie am 1. Januar

Ausperrungsankündigung der Unternehmer

Berlin, 3. Dezember.

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen läßt durch Telegraphen-Union folgende Meldung verbreiten:

„Nachdem die Gewerkschaft auf ihren außerordentlich hohen Forderungen nach Durchführung des schematischen Achtstundentages, strikter Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 sowie vollen Lohnausgleich sowie außerdem einer allgemeinen, sehr weitgehenden Lohnhöhung verharret, und die bisher geführten Verhandlungen aus diesem Grunde zu keinem Ergebnis geführt haben, haben sich die Werke der westlichen Grohisenindustrie gezwungen gesehen, bei den zuständigen Behörden eine Betriebsstilllegung anzugehen zum 1. Januar 1928 einzureichen. Im Hinblick auf die mit Sicherheit zu erwartenden Rückwirkungen auf die anderen Bezirke haben sich die übrigen Hüttenwerke Deutschlands diesem Vorgehen angeschlossen.“

Dazu haben die Trustmagnaten auch sofort die formellen Schritte bei der Reichsregierung eingeleitet und durch Herrn Poensgen folgendes Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Minister!

Ich halte es für meine Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Werke, welche Ihnen gemeinsam die Eingabe vom 26. Oktober 1927 überreicht haben, sich genötigt sehen, einen Schritt zu tun, der hoffentlich nur vorbeugend zu sein braucht, und den sie gern vermeiden hätten.

Die Gewerkschaften bestehen nicht nur auf der strikten Durchführung der Verordnung vom 16. Juli bei vollem Lohnausgleich sowie einer ganz ungewöhnlich hohen allgemeinen Lohnhöhung, sie verlangen vielmehr überdies noch vom 1. Januar 1928 die Einführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte eisenhaltende und eisenverarbeitende Industrie.

Auf Grund dieser Sachlage sehen sich die Werke gezwungen, den zuständigen Regierungsstellen zum 3. Dezember die gemäß der Stilllegungsverordnung erforderliche Anzeige wegen der Stilllegung vorzulegen. Dieser Entschluß ist ein Akt der wirtschaftlichen Notwehr, den wir in vollem Bewußtsein der großen, auf uns ruhenden Verantwortung und in der Hoffnung unternehmen, durch ihn einen Arbeitskampf mit seiner schweren Schädigung für Staat und Wirtschaft zu vermeiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung, Ihr sehr ergebener
geg. Ernst Poensgen.“

Den Gewerkschaften haben die Industriellen ebenfalls eine dementsprechende Mitteilung zugehen lassen.

Das Schwerkapital holt hier zu einem Schläge aus, der in seiner Größe und in seinem Ausmaß alles bisher Dagewesene übertrifft. Er bedeutet nicht nur die Stilllegung der gesamten Eisenindustrie und die Ausperrung von mehr als 300 000 Metallarbeitern, sondern auch die Stilllegung der Fertigmittelindustrie, was auch gleichzeitig die baldige Stilllegung großer Teile der übrigen Industrie zur Folge haben dürfte.

Kurz, es ist der Versuch einer Vergewaltigung des ganzen Volkes durch wenige Trustgewaltige.

Wichtig ist hier der ganzen Bevölkerung von 60 Millionen Deutschen gesagt, daß das Schwergewicht der wirtschaftlichen und politischen Macht des ganzen Reiches in den Händen weniger Großkapitalisten liegt.

Die Stilllegungs- und Ausperrungsandrohung ist zunächst nur ein gewaltiger Schreckhauch und Befehl an die Regierung. Doch das Schwerkapital hat seit Monaten durch strikte Streikläsen und durch seine im Continental-Stahlwerk angelegten Millionen zu gerüstet, daß es auch gewillt und imstande ist, die Drohung in die Tat umzusetzen.

So groß aber diese Macht auch sein mag, die Gewerkschaften dürfen bei Strafe ihres Unterganges keinen Millimeter zurückweichen. Ein Zurückweichen würde bedeuten, daß die Gewerkschaften jetzt und in Zukunft auf die Durchsetzung legitimer Forderungen und erst recht auf den Achtstundentag verzichten und sich für alle Zeiten dem Machtgebot des Kapitals beugen müßten.

Dieser Schlag des Kapitals ist eine Kriegserklärung an das gesamte Proletariat und muß daher auch von der ganzen Arbeiterklasse geschlossen abgewehrt werden. Sofort sind alle Kampf vorbereitungen zu treffen, Mobilisierung aller Metallarbeiter, Bergarbeiter, Transportarbeiter und Schaffung eines großen Kampfbündnisses für ganz Rheinland und Westfalen. Gleichzeitige Vorbereitung der in einem solchen Kampf notwendigen politischen Kampfmaßnahmen.

Die ganze Arbeiterklasse muß den Kampf aufnehmen und diesen großkapitalistischen Gewaltgeboten zeigen, daß ihre Macht eine Grenze findet an der geschlossenen Abwehrfront des Proletariats.